



Die DBwV-Vertreter ließen sich von Botschafter Rolf Schütte (3.v.r.) ausführlich informieren.

## Das Präsidium tagt im Baltikum

**EUROMIL: Neben dem Dauerthema der unterschiedlichen Rechtspositionen der europäischen Soldaten steht auch die Sorge der Balten um ihre Sicherheit im Blickpunkt**

Zum ersten Mal traf sich das EUROMIL-Präsidium in den baltischen Staaten. Zu seiner 116. Sitzung in Riga kamen rund 60 Delegierte aus 20 Mitgliedsverbänden und Verbänden mit Beobachterstatus. Für den DBwV nahm die EUROMIL-Delegation teil, zu der unter anderen DBwV-Vize Andreas Steinmetz, der Schatzmeister des DBwV und Vizepräsident von EUROMIL, Jörg Greiffendorf, und der Vorsitzende ERH, Albrecht Kiesner, gehören.

EUROMIL-Präsident Emmanuel Jacob eröffnete die Sitzung und erklärte die wichtige geostrategische Bedeutung der baltischen Region für Europa. EUROMIL sei bestrebt die Kontakte zu und in der baltischen Region weiter auszubauen. Jacob wies darauf hin, dass die Sicherheits- und Verteidigungspolitik momentan ein großes Thema in der EU ist, es aber nicht zufriedenstellend sei, dass die humanitäre Dimension bisher noch nicht in der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (engl. PESCO) formalisiert ist, mit der die Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU verbindlicher gestaltet werden soll.

Der Vorsitzende des Gastgeberverbandes LSA (Latvian Riflemen Association), Janis Baskers, begrüßte die Delegierten und informierte sie über die Projekte seines Verbands. Der Verteidigungsminister von Lettland, Raimonds Bergmanis, betonte die wichtige Rolle von EUROMIL für die Rechte der Soldaten und den sozialen Dialog in der EU. Ojars Eriks Kalnins, Mitglied des lettischen Parlamentes und Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, informierte die Delegierten über die Bedeutung der Nato-Truppen in den baltischen Staaten für Lettland.

In einer Diskussionsrunde wurde darüber beraten, wie die Position von EUROMIL in der EU gestärkt werden kann, um Problemen von Soldaten verschiedener Länder in gemeinsamen Auslandseinsätzen noch effektiver entgegenzuwirken. Der Informationsaustausch soll weiter verbessert werden. Andreas Steinmetz schilderte den Austausch in Deutschland zwischen dem Verband, dem BMVg und Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen. Er wies auf die Unterschiede in der Rechtsposition der Soldaten in verschiedenen

Ländern hin, die gemeinsam im Auslandseinsatz stationiert sind. Von besonderer Bedeutung sei in diesem Zusammenhang der Austausch mit den Ansprechpartnern für Auslandseinsätze.

Zum Abschluss wurden die Berichte der einzelnen Mitgliedsverbände über die aktuelle Situation in den Armeen ihrer Länder und ihrer Verbandspolitik (National Reports) vorgestellt und einzelne Themenfelder diskutiert. In allen Ländern scheint ein Problem bei der Rekrutierung und Bindung von Soldaten und Zivilpersonal zu bestehen. Dem möchte sich EUROMIL gezielt widmen. Ausführlich diskutiert wurden unter anderem die Verletzung der Vereinigungsfreiheit in Montenegro und die fehlende Unterstützung für urangeschädigte Soldaten in Italien. In Montenegro wurden etwa 22 Soldaten aus ihrem Dienst entlassen, weil sie sich in einem Berufsverband engagiert haben. In Italien sind viele Soldaten durch den Kontakt mit Uran, Asbest oder Radongas erkrankt oder gestorben. Entschädigungs- oder Unterstützungsleistungen für die Betroffenen, deren Angehörige oder Hinterbliebene gibt es bisher nicht. Der italienische Mitgliedsverband setzt sich für die Einführung solcher Regelungen ein. In beiden Staaten stellt sich die Kommunikation der Mitgliedsverbände mit der Regierung als schwierig dar. EUROMIL agiert bereits unterstützend, um den Mitgliedsverbänden Gehör zu verschaffen.



Die DBwV-Delegation in Riga



Ständige strukturierte Zusammenarbeit – kurz PESCO: 23 europäische Staaten bekunden am 13. November ihren Willen zu einer verstärkten Kooperation in Verteidigungs- und Sicherheitsfragen.

päischen Wirtschaftsraum- und Sozialausschuss, Christian Moos, berichtete über die dortigen Aktivitäten und Beschlussfassungen zu Themen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP). Für viele Teilnehmer war es neu, dass auch in diesem Gremium das Thema auf der Agenda steht. Sohst fasste zusammen: „Die GSVP hat in der Wahrnehmung der europäischen Politik zugenommen.“

Dieses Momentum müssen der Berufsrat und die CESI aufnehmen, um auch die sozialen Rahmenbedingungen des Dienstes in den Streitkräften in Europa noch mehr in den Fokus zu nehmen.“ Die Chance dürfe nicht vertan werden. Darin liege auch der Grund, weshalb sich der DBwV bei der CESI engagiere: Die Grundlagen für die Entscheidungen in Berlin zu diesen Themen würden in Brüssel und Straßburg gelegt. *TS*